



Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026: Wachstum ohne Substanz

Ute Pappelbaum

Die Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute (DIW, ifo, Kiel Institut, IWH, RWI) zeichnet ein klares Bild: Die deutsche Wirtschaft wächst – aber ohne tragende Kräfte. Für 2026 wird ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,6 %, für 2027 von 0,9 % erwartet, nach lediglich 0,2 % im Vorjahr.

Energiepreisschock als kurzfristiger Belastungsfaktor

Der Anstieg der Energiepreise infolge des Iran-Konflikts wirkt als klassischer negativer Angebotsschock.

Höhere Energiepreise treiben die Inflation (rund 2,8 % bis 2,9 %) und mindern die reale Kaufkraft der privaten Haushalte. Gleichzeitig steigen die Produktionskosten, was Investitionen und Produktion belastet.

Die Institute schätzen, dass dieser Effekt das Wachstum in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um etwa 0,3 Prozentpunkte reduziert.

Der Energiepreisschock erklärt jedoch nicht die strukturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft. Er verstärkt sie.

Verarbeitendes Gewerbe: zwischen zyklischer Schwäche und strukturellem Rückgang

Die exportorientierte Industrie bleibt der zentrale Unsicherheitsfaktor.

Die Kombination aus gestiegenen Energiepreisen, geopolitischen Risiken und handelspolitischen Spannungen reduziert die Wettbewerbsfähigkeit und dämpft die Exportdynamik. Unternehmensinvestitionen erholen sich entsprechend nur langsam.

Entscheidend ist die offene Frage nach der Natur dieser Entwicklung: Ein Teil der industriellen Kapazitäten könnte dauerhaft verloren gegangen sein. Damit verschiebt sich die Problemlage vom konjunkturellen Abschwung hin zu einem möglichen strukturellen Rückbau.

Fiskalpolitik als zentraler Wachstumstreiber

Die aktuelle Expansion wird wesentlich durch staatliche Nachfrage getragen.

Ausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz stabilisieren die Konjunktur, führen jedoch gleichzeitig zu steigenden Haushaltsdefiziten (bis zu 4,2 % des BIP).

Diese Impulse sind sektoral konzentriert und ersetzen keine breit angelegte private Investitionsdynamik. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt damit abhängig von fiskalischen Maßnahmen.

Arbeitsmarkt und Arbeitsvolumen: strukturelle Begrenzung des Wachstums

Am Arbeitsmarkt überlagern sich konjunkturelle und strukturelle Effekte.

Für 2026 wird ein Rückgang der Erwerbstätigkeit sowie ein Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet, bevor sich 2027 eine leichte Verbesserung einstellt.

Langfristig entscheidender ist jedoch das sinkende Arbeitsvolumen. Hohe Teilzeitquoten, demografische Effekte und strukturelle Verschiebungen führen dazu, dass die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen zurückgeht.

Damit wird die zentrale Wachstumsdeterminante – das Arbeitsangebot – dauerhaft geschwächt.

Potenzialwachstum: Erosion der Wachstumsbasis

Der zentrale Befund der Gemeinschaftsdiagnose liegt in der mittelfristigen Perspektive:

Das Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft dürfte von derzeit etwa 0,2 % bis zum Ende des Jahrzehnts auf 0,0 % sinken.

Treiber dieser Entwicklung sind:

- demografischer Rückgang des Arbeitskräfteangebots
- sinkende durchschnittliche Arbeitszeit
- schwache Produktivitätszuwächse

Damit verändert sich die ökonomische Ausgangslage grundlegend. Wachstum wird nicht nur geringer – seine strukturelle Grundlage wird schwächer.

Wirtschaftspolitische Implikationen

Die Institute formulieren klare Empfehlungen:

- Verzicht auf energiepreisbezogene Interventionen, da diese Preissignale verzerren
- Fokussierung auf die Angebotsseite, insbesondere Investitions- und Arbeitsanreize
- Abbau regulatorischer Hemmnisse zur Aktivierung von Wachstumspotenzialen

Im Zentrum steht damit eine Verschiebung von kurzfristiger Stabilisierung hin zu strukturellen Reformen.

Einordnung

Die Gemeinschaftsdiagnose beschreibt keine klassische konjunkturelle Schwächephase.

Kurzfristige Belastungen – insbesondere durch Energiepreise und geopolitische Risiken – treffen auf eine Wirtschaft, deren Wachstumspotenzial bereits stark eingeschränkt ist.

Die zentrale Herausforderung liegt daher nicht in der Stabilisierung der Nachfrage, sondern in der Stärkung der Angebotsbedingungen.

Deutschland bewegt sich in Richtung einer Volkswirtschaft mit dauerhaft niedrigen Wachstumsraten, begrenzt durch demografische Entwicklungen und strukturelle Veränderungen im Arbeitsmarkt und in der Industrie.

Quelle:

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026, erstellt von DIW Berlin, ifo Institut, Kiel Institut für Weltwirtschaft, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, veröffentlicht am 01. April 2026

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949147/Gemeinschaftsdiagnose-Fruhjahr-2026/>